Der

Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e.V.

lädt ein zu einer

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

mit dem Friedensforscher

ALFRED MECHTERSHEIMER

vom Forschungsinstitut für Friedenspolitik
in Starnberg

zum Thema

" Wege zu einem

atomwaffenfreien Mitteleuropa"

am Freitag,

dem 26. September

im Simmerner Schloß

Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun, Tel. 06762/6075

Friedens-Informationen

Nr. 19 September 1986

Preis 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

MdB Frau Waltrud Will-Feld (CDU): Weit und breit nur Kühe in Hasselbach ... ?!

Landwirtschaft in der Eifel- und Hunsrückregion, das heißt Siebentagewoche und harte Arbeit dort, wo die Maschinen nicht mehr weiterhelfen. Trotz ihres Einsatzes haben die Landwirte große Sorgen. Deshalb setzt sich Waltrud Will-Feld für die Erhaltung der vielen eigenständigen Familienbetriebe ein. Ihr Ziel ist es, für landwirtschaftliche Produkte muß es wieder einen angemessenen Preis geben. Waltrud Will-Feld beim Bauern Hugo Dial in Hasselbach. Sie informiert sich über die Probleme am liebsten vor Ort.

siehe auch S.3

NEUSTER STAND

Noch 3.000 HUNSRÜCK-FORUM/Extra nachdrucken! Nochmal 12 Dia-Serien Kopieren!
Das sind Zahlen, die uns deutlich erkennen lassen, daß der Urlaub nun überalle vorbei ist und überall die Vorbereitungen für die Großdemo am 11.10 laufen.
Viele Gruppen kommen jetzt schon hierher, um sich vor Ort zu informieren. Das sonntägliche Friedensgebet hat inzwischen um die 200 Teilnehmer erreicht, die aus der ganzen BRD anreisen.
Ab dem 6. Oktober laufen Camps von: Hamburger Friedensgruppen, SDAJ, CVJM (= christlicher Verein junger Männer) und EIRENE (Entwicklungshilfeorganisation der ev. Kirche). Weitere Gruppen haben praktische Hilfe für die Tage vor der Demo angeboten.

Die Düsseldorfer Wandmalgruppe will in der Woche vor der Demo in mehreren Dörfern um die CM-Baustelle das Anliegen der Friedensbewegung in Wandbildern unübersehbar machen (wer noch Wände zur Verfügung stellen will, kann sich im Büro melden.).

Am 11. Okt. werden neben voraussichtlich 7 Sonderzügen viele tausend Friedensbewegte mit Bussen anreisen. Einige Landstraßen werden zu Parkflächen umfunktioniert(z.B.: Hasselbach-Wüschheim, Alterkülz-Laubach, Michelbach-Alterkülz). Die Firma Scherer in Kastellaun stellt ihr Betriebsgelände als Busparkplatz zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit der Polizei wurde ein Verkehrslenkungsplan erstellt. Dieser sieht vor, die Busse ab der A 61 in die verschiedenen Parkräume zu leiten, was mit Hilfe von Farbmarkierungen und entsprechenden Vorabinformationen an die angemeldeten Busse geschehen wird (Busse beim KA-Büro in 5300 Bonn, Bornheimer Str. 20 anmelden!!).
Die Hunsrückhöhenstraße wir während der Demo zwischen Kastellaun und Völkenroth gesperrt sein, der Durchgangsverkehr weiträumig umgeleitet.

Wir bitten alle HUNSRÜCKER soweit wie möglich n i c h t mit A u t o s zu kommen. Wenn keine andere Möglichkeit besteht, sollten auf jeden Fall (auch Dörferübergreifend) Fahrgemeinschaften gebildet werden. Nehmt Euch ein Beispiel an der Initiative GÖTTINGER PAZIFISTEN, die mit dem FAHRRAD zur Demo kommen.
Einige Hundert Motorräder werden schon am Freitag eine Orientierungsfahrt durch den Hunsrück machen. Organisiert wird das Motorradcorso vom VVN-Bund der Antifaschisten und dem Motorradclub KUHLE WAMPE.
Auf den Zusammenhang der "zivilen" und militärischen Nutzung der Atomkraft wird eine Staffette von Wackersdorf nach Hasselbach aufmerksam machen. Sie beginnt mit einem demonstrativen Grenzüberschreitung von Salzburg nach Freilassing (Bayern) und führt u.a. über Wackersdorf, Heilbronn (Waldheide), Hanau und Mainz nach Hasselbach. Start ist der 27. September.

D E M O N S T R A T I O N S A B L A U F

Zwischen 9.00 und 11.00 Uhr werden die Teilnehmer eintreffen und in Kastellaun und Hasselbach mit Musik empfangen. Um 11 Uhr wird die Demonstration beginnen. Die Demo-Route führt über Hasselbach, an der Cruise-Missiles-Basis vorbei zur Hunsrückhöhenstraße und Zum Beller Markt. Angestrebt wird ein geschlossner Demonstrationsring Kastellaun-Spesenroth-Hasselbach-Beller Markt-Kastellaun.

K U N D G E B U N G

Nach der Auflösung des Rings, man kann es auch Umzingelung nennen, begeben sich die Teilnehmer zum Beller Markt, wo gegen 14 Uhr die Kundgebung beginnt. Leider steht das Programm bei Red.-Schluß noch nicht ganz fest. Interessant wird es aber allemal.
Als Redner haben bis jetzt zugesagt Robert Jungk und Anita Aschenbrenner (sie kommt von der Bürgerinitiative gegen die WAA in Wackersdorf).Weiterhin werden reden Vertreter/innen des DGB, aus den USA und Mittelamerika. Eingeladen war auch Dorothee Sölle, die wegen eines Auslandsaufenthalts leider absagen mußte. Ganz besonders freuen wir uns, daß Gerhard Lorenz, Gemeinderatsmitglied und stellvertretender Bürgermeister aus Bell, die Demonstrationsteilnehmer begrüßen und ein paar Worte als Betroffener sagen wird.

Aufgelockert wird das Kundgebungsprogramm natürlich durch kulturelle Beiträge. Die Sache ist so wahrscheinlich, daß wir es wagen, sie hier zu veröffentlichen: Also, wenn alles klappt werden UDO LINDENBERG mit Band und die sowjetische Rocksängerin ALLA POGATSCHOWA gemeinsam auftreten. Außerdem haben wir Zusagen von einer Reihe weiterer Künstler, die teilweise auf den Auftaktbühnen in Hasselbach und Kastellaun auftreten werden (u.a. auch APE,BECK & BRINKMANN, die im Hunsrück ja schon bestens bekannt sind).

K I N D E R F E S T

Da Kundgebungen für Kinder oft langweilig sind, organisiert der Initiativkreis "Kinder wollen Frieden" ein Kinderfest, das parallel zum Kundgebungsprogramm stattfinden soll

Genaueres dazu und das endgültige Programm gibts spätestens im nächsten Info.

B I T T E

beachtet den "Ich mache mit.."-Zettel in diesem Info und beteiligt Euch wo möglich. Es wäre toll, wenn wir alle Hunsrücker Dörfer mit Flugblättern und Plakaten abdecken könnten. Plakate können jetzt schon im Kastellauner Büro abgeholt werden. Flugblätter wollen wir Anfang Oktober verteilen.

Alé, bis denn

schöne Grüße

Heidrun, Jürgen u. Andreas

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

In der Woche vom 6.-10. Oktober bietet die Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) auf der Burg-Waldeck Beratung und Information für Kriegsdienstverweigerer an.
Am 11. Oktober kann man sich auch am Info-Stand auf dem Beller Markt informieren. Außerdem helfen die DFG'ler in der Woche vor der Demo aktiv an den Vorbereitungen mit.

Ich mache mit am 11. Okt.!

Ich möchte mich an den Vorbereitungen der Großdemonstration der Friedensbewegung am 11.10.86 im Hunsrück beteiligen.

- ◯ Ich bin bereit Flugblätter zu verteilen in folgenden Ortschaften:
- ◯ Ich kann plakatieren im Raum (Orte angeben):
- ◯ Ich habe Interesse an der Mit-Gestaltung einer Plakatfläche (10 qm).
- ◯ Ich habe Übernachtungsmöglichkeiten für max. ..... Personen
- ◯ Ich melde mich als "Ordner" während der Demo
- ◯ Ich helfe beim Aufbau(Bühne, Zelte, Beschilderung, Parkplatz....)
  - ◯ am 10.10. ab....Uhr
  - ◯ am 11.10. ab....Uhr
  - ◯ ich stehe die ganze Woche vor dem 11.10. zur Verfügung
- ◯ Ich möchte während der Demo Luftballons verkaufen
- ◯ Ich beteilige mich an der Verpflegung der Ordner und Helfer
- ◯ Ich beteilige mich am Informationsstand der Hunsrücker Friedensinitiative
- ◯ Ich helfe beim Aufräumen
  - ◯ direkt nach der Kundgebung (ca ab 16 Uhr)
  - ◯ am Sonntag, dem 12. 10. ab 10 Uhr

Name:.....

Adresse:.....

Tel. (WICHTIG!):.....

Bitte einsenden an: Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun
Tel. (06762/6075)

Befehlsbunker auf dem Goßberg geplant

Wörner wußte von nichts ++ stop ++ Anlage auf dem Goßberg wird verbunkert ++ stop ++ reine Baukosten über 20 Millionen DM ++

Am 9.Juni 1986 wußte der Minister vor 70 Hunsrücker Gemeinderäten noch nichts vom militärischen Ausbau des Goßberg bei Wüschheim/Hundheim.

Am 18.August hat die Firma "Süd-West-Bohr" aus Kaiserslautern mit Tiefbohrungen im Auftrag eines Staatsbauamtes begonnen. Bis zu 25 Meter tief sollen Bodenproben aus dem Goßberg entnommen werden. Anschließend wird eine große Anlage für die amerikanische Armee gebaut.

Offiziell nennt man es "DATENAUSWERTSTATION". Eine harmlose Umschreibung für elektronische Kriegsführung. Auf dem Goßberg soll ein zwei Etagen tiefer Bunker gebaut werden. In vollklimatisierten Räumen sollen die Berechnungen und Speicherungen der Flugbahnen und Angriffsziele für Cruise Missiles und Bomberverbände durchgeführt werden. Daten für die US-Kriegsspiele kommen von einer großen Weltraumempfangsstation bei Kaiserslautern. (Kapaun Air Station: Det 6, 1st Space Wing) Es werden unterirdische Kabelverbindungen zu zwei Funktürmen gelegt. Ein dritter Funkturm wird auf dem Goßberg selbst errichtet.

Lautzenhausen: 15 Hektar Gemeindewald mit Stacheldraht ?

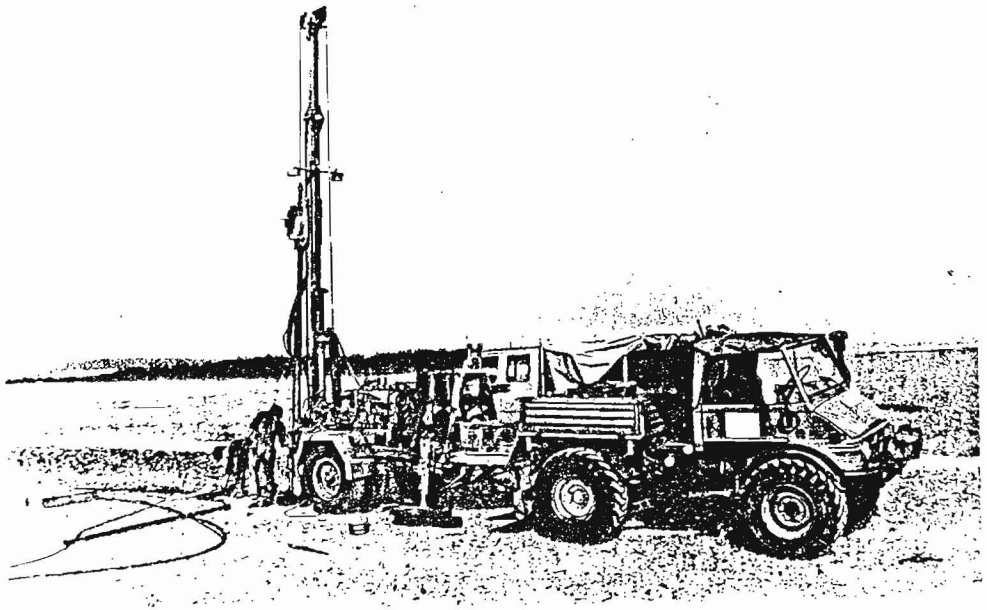
Der SPD Landtagsabgeordneten Mertes aus Buch fragte die Landesregierung: "Aus welchen Gründen soll der Zugang zum Gemeindewald gesperrt werden ?" Antwort von Staatsminister Böckmann: "Nach Auskunft der Streitkräfte soll einem erhöhten Sicherheitsbedürfnis angesichts wachsender terroristischer Aktivitäten nachgekommen werden."
Die US-Army will 15 ha Wald der Gemeinde Lautzenhausen mit Stacheldraht umzäunen. Die Bezirksregierung und das Staatsbauamt Koblenz-Nord sind tätig geworden und haben den Bürgermeister von Lautzenhausen von diesen Absichten telefonisch informiert. In Lautzenhausen wurde man in den letzten Jahren schon mit sehr vielen Landforderungen der Amerikaner konfrontiert und will diesmal nicht mehr freiwillig der Umzäunung von Gemeindewald zustimmen. (245 ha Gelände wurden abgegeben) Erbittert ist man darüber, daß in Zukunft Waldarbeiter an Schlagbäumen im eigenen Wald die "Zutrittsberechtigung" nachweisen sollen.
Der Lautzenhausener Wald grenzt unmittelbar an eine "Housing" der Amerikaner. Ohne Stacheldraht fühlen sie sich nicht mehr sicher. Wie groß die Hysterie unter Amerikanern ist zeigt die Tatsache, daß Tausende ihren geplanten Urlaub in Europa gestrichen haben, weil es angeblich in Europa zu gefährlich sei. Wie blödsinnig diese Angst ist, zeigt die Tatsache, daß in den USA jährlich fast 12.000 Menschen mit Schußwaffen ermordet werden. Wo ist es wohl gefährlicher: In New York oder in der schwerbewachten Housing bei Lautzenhausen ?

Der Landrat Dr.Jäger hat schon schriftlich einen "Landtausch" angeboten, was aber vom Lautzenhausener Bürgermeister strikt abgelehnt wurde. Man darf nicht jede Verrücktheit der Amerikaner mitmachen. Sollen etwa demnächst auch die anderen Wohngebiete der Amerikaner mit Stacheldraht geschützt werden ? Simmerner und Kastellauner Wohngebiete hinter Stacheldraht ?

Einen ersten Vorgeschmack bekam schon ein Team des Westdeutschen Rundfunks (WDR) am 2.August in Kastellaun. Als sie einen amerikanischen Soldaten in der Housing um ein Interview baten, war fünf Minuten später die Militärpolizei alarmiert. Vor einem verdutzten Kastellauner Stadtrat, der das Interview vermittelen wollte, fuhr weitere fünf Minuten später auch noch die deutsche Bereitschaftspolizei vor. Begründung: "Die Amerikaner sind zur Zeit sehr sensibel."

Da solche Befehlsbunker Angriffsziele erster Ordnung sind, wird die Anlage Meterdick mit Beton geschützt. Außerdem ist sie nicht die einzige dieser Art, sondern wird eine von mehreren dieser Art. Es soll immer Ausweichmöglichkeiten geben.

Wörner wollte schon am 9. Juni alle Karten offen auf den Tisch legen. Offiziel hat das Verteidigungsministerium inzwischen den Ausbau des Goßberg bestätigt. Man streitet allerdings ab die Gemeinderäte belogen zu haben, da es sich nicht um eine "neue Anlage" handele, sondern um eine "schon länger geplante Anlage". Mit der Cruise Missile Stationierung habe das nichts zu tun. Das glaube dem Falschspieler Wörner wer da wolle.



HIER SCHAUFELT DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IM AUFTRAG DES AMERIKANISCHEN PRÄSIDENTENDARSTELLERS RONALD REAGAN IHR EIGENES GRAB !

V.i.S.d.P.: Heidrun, James (R. Szzech), Benno

„Hunsrücker Zeitung" vom 4.9.86

Mit einstimmigem Beschluß fiel die Entscheidung:

Kirchberger Stadtrat lehnt den Bau eines NATO-Tanklagers ab

Bereich der Metzenhausener Straße soll kein „Sondergebiet" werden

-ha- KIRCHBERG. An der Anzahl der Besucher bei öffentlichen Sitzungen des Kirchberger Stadtrates läßt sich ablesen, welcher Art Themen auf der Tagesordnung stehen. Berühren diese Themen Allgemeininteresse und Aktualität, dann ist die Zahl der Besucher hoch. In letzter Zeit hatten die Sitzungen des Rates stets lebhaften Zuspruch seitens der Bürgerschaft, was verständlich ist, denn in diesen Sitzungen werden verbindliche Entschlüsse gefaßt und wer bei diesen Sitzungen anwesend ist, kann sich informieren und ist nicht auf Spekulationen und Gerüchte angewiesen.

In letzter Zeit wurde viel über das Thema „NATO-Tanklager" in Kirchberg geredet. Es kursierten Gerüchte und Pessimisten vermuteten, daß der Stadtrat dieses Vorhaben, wenn auch nicht gerade gutheißen, so doch stillschweigend hinnehmen werde. Das Gegenteil ist der Fall: Einmütig wurde dieses Vorhaben, das auf Anregung von Bürgermeister Lanninger als Zusatzpunkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, vom Stadtrat abgelehnt.

Obwohl dem Stadtrat keine konkreten Pläne für den Bau einer Anlage vorliegen, aber in Presse, Funk und Fernsehen von einem NATO-Tanklager beachtlichen Umfanges gesprochen wurde, beschloß der Rat, alles zu unternehmen, daß ein solches Vorhaben in Kirchberg nicht realisiert wird. Dieser Beschluß des Stadtrates erfolgte einstimmig.

Hierzu nun folgende Information: Die Wehrbereichsverwaltung IV in Wiesbaden hat am 26. August 1986 bei der Verbandsgemeinde Kirchberg beantragt, für das bundeseigene Gelände den Flächennutzungsplan im Bereich der Metzenhausener Straße als „Sondergebiet" aufzunehmen.

gefunden:

Anzeige im Amtsblatt Kastell.

FALSCHSPIELER

Minister Wörner hatte versprochen, die „Karten offen auf den Tisch zu legen". Doch was geschah? Er mauerte! Jetzt haben wir ihn auch noch mit gezinkten Karten erwischt. Für über 20 Millionen DM läßt er den Goßberg bei Hundheim verbunkern.

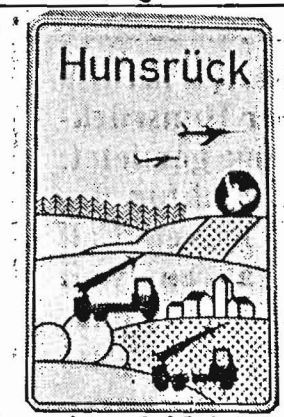
Damit die Karten besser gemischt werden:

Friedensstammtisch Kastellaun

Montag, 8. 9. 1986, 20.00 Uhr im Schloßhotel Kastellaun

JEDER IST EINGELADEN

aus Hamburg:



Hinweisschild an der A 61, ergänzt durch Hunsrücker Friedensfreunde: Das Motiv ist Vorbild für das hiesige Mobilisierungsplakat

CDU: RAKETEN SCHAMHAFT VERSCHWIEGEN

Immerhin hat nun auch die CDU erkannt, wo die öffentliche Meinung steht. Das letzte CDU Extrablatt, flächendeckend im Hunsrück verteilt, erwähnt mit keinem Wort mehr die Raketenstationierung. Die Diskussion darüber könnte Wählerstimmen kosten. Auch eine friedliche Großdemonstration am 11.Oktober würde nicht in das wahltaktische Konzept passen. Wie die CDU Angst schüren und Wähler gewinnen will zeigt folgender Ausschnitt:

CDU extra *Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert*

NACHRICHTEN

Regierung Kohl glatt vorn

Klare Mehrheit für die Regierung Helmut Kohl: Wenn am Sonntag Wahlen wären, würden 45 Prozent für die CDU/CSU, 8 Prozent für die FDP, 41 Prozent für die SPD und 6 Prozent für die Grünen stimmen. Das ermittelte kürzlich das Emnid-Institut.

Bürger haben mehr Vertrauen in die Zukunft

Immer mehr Deutsche beurteilen die heutige wirtschaftliche Lage positiv: Auf eine entsprechende Frage der Forschungsgruppe Wahlen sagten jetzt 48 Prozent der Bürger, die wirtschaftliche Lage sei gut (1985 waren es 29 Prozent). Nur 6 Prozent halten sie für schlecht (1985: 19 Prozent). Immer mehr Bürger sagen außerdem, diese Entwicklung ist ein Erfolg der Regierung Helmut Kohl.

Nur halbherzig distanzieren sich die Grünen von den Gewaltakten, wie hier in Brokdorf. Und mit diesen Leuten will die SPD in einem rot-grünen Bündnis gemeinsame Politik machen!

MINISTERPRÄSIDENT VOGEL: HEIMATKUNDE MANGELHAFT

Auf dem CDU Parteitag in Simmern bewies der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel mangelhafte Heimatkunde Kenntnisse. Er sprach von den "Raketen bei Wüschheim". Hat dem "Landesvater" Herr Mallmann noch nicht erzählt das Wüschheim in der Verbandsgemeinde Simmern liegt, die Cruise Missiles aber bei Bell/Hasselbach in der Verbandsgemeinde Kastellaun stationiert werden ? Oder meint er gar, der wirkliche Stationierungsort sei noch streng geheim ? Wir wissen es nicht. Wir empfehlen aber, den US-Militär hörigen Junggesellen möglichst schnell abzuwählen.

DIE PATRIOTS BEZIEHEN IM HUNSRÜCK STELLUNG

Seit Montag, dem 1. Sept. beziehen Patrioteinheiten ihre Stellungen auf dem Kandrich bei Dichtelbach und in Grenderich.
Bei Nacht und Nebel wurden die ersten Fahrzeuge überführt, so daß es erst bemerkt wurde, als die die Stellung schon bezogen hatten. Die Stationierung erfolgt offensichtlich in Schüben. Nur Teile der Bunker sind bezogen. Die Raketen kontainer sind bis heute (3. Sept.) noch nicht eingetroffen. An den Fahrzeugen sind noch Monteure der Produktionsfirma zu Gange. Die Soldaten üben mit den Fahrzeugen. Ihre endgültige Montage ist noch nicht erfolgt.
Die Aufrüstungswelle erreicht im Hunsrück ihren Höhepunkt. Unsere Wellen müssen höher schlagen!

NEUES AUS DEM FRIEDENSBÜRO

Daß wir umgezogen sind, ist wohl nicht mehr neu. Für viele ist allerdings die Telefonnummer noch neu. Sie lautet:

06762 / 6075

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns auch bei allen entschuldigen, die uns in den Tagen um den 25. Aug. vergeblich versucht haben, uns telefonisch zu erreichen. Wir hatten technische Probleme mit dem Anrufbeantworter.
Noch was NEUES:
Seit dem 25. Aug. haben wir einen neuen Kopierer, der uns die Arbeit hier sehr erleichtert (vor allem auch beim Layout dieses Infos). Für die Anschaffung des Kopierers, der knapp 3.000,- DM gekostet hat, hat uns der Öko-Fond der GRÜNEN 2.000,- DM als Zuschuß zur Verfügung gestellt, worüber wir uns natürlich sehr gefreut haben.
Also: Bei Bedarf kann bei uns gegen Erstattung eines Unkostenbeitrags von 11 Pf pro Kopie kopiert werden!

Tropfen auf die heißen Steine

Die Initiative des Vierthälerstammtisches "Dialog mit der Polizei" läuft an und zieht Kreise. Zwei Gespräche fanden bisher statt: eins mit dem Polizeipfarrer Dr. Buchter und ein weiteres mit Herrn Hilken und Herrn Stein (Polizeipsychologe) vom LKA- Mainz (Vorbereitungsstab der Polizei zur Herbstdemonstration). Ausgangspunkt dieser Gespräche war die von uns vorgetragene Sorge, daß die Herbstdemonstration der Friedensbewegung aus wahlstrategischen Gründen durch harten polizeilichen Einsatz aus dem Ruder gebracht werden könnte (Beispiel Brokdorf), um die Ziele der Friedensbewegung durch schöne Schlachtenbilder zur besten Sendezeit in der Öffentlichkeit zu dikreditieren.
Von polizeilicher Seite wurde vor allem die mögliche Teilnahme von gewalttätigen Demonstranten angesprochen, auf die reagiert werden müsse. Die politische Einflußnahme auf Polizeieinsätze wurde nicht geleugnet.
Es wurde aber betont, daß die gegenwärtigen Planungen des Polizeieinsatzes genau das Gegenteil anstreben: Deeskalation, keine Kampfanzüge (im Sichtbereich), Vertrauen auf überwiegende Zahl gewaltfreier Teilnehmer und deren Einflußnahme auf Gruppen mit gewalttätigen Zielen.
Dieses Konzept sei bei der gegenwärtigen Stimmung in Polizei- und Politikerkreisen sehr umstritten und nur gegen Widerstände durchstzbar.
Wir artikulierten unser Mißtrauen in die politischen Entscheidungsebenen und sprachen Polizeieinsätze an, die unangemessen brutal gewaltfreie Demonstrationsteilnehmer niederknüppelten, ebenso die Existenz von Agent-Provokateuren, verkleideten Beamten, die offensichtlich einer politischen Schiene verpflichtet sind und nicht dem Grundgesetz, das sie zu schützen vorgeben.
Wir machten deutlich, daß wir eine friedliche Demonstration durchführen wollen und Polizei, Polizeiführung und die politisch Verantwortlichen dazu auffordern wollen, dies zu respektieren.
Es wurde ein Brief verfaßt an alle Polizeibeamte, die im Herbst zum Einsatz kommen sollen. Er wird über die polizeipfarrer bundesweit im Umlauf gebracht werden. Darüberhinaus fand bereits ein Dialog in der Koblenzer Polizeischule statt, wo ein Referent unseres Stammtisches vor einem Plenum von 30 jüngeren Polizeibeamten unsere Sorgen und Wünsche artikulieren konnte. Die Aussprache war offen und engagiert. Einige Schlaglichter: Die Angst des einzelnen Polizisten vor Kampfhandlungen ist echt. Interessant war, daß die Polizisten das politische Interesse an Krawallen auch sahen. Um die Existenz von Beamten in Autonomentracht wußten sie und sie wurde von ihnen offen problematisiert. Sie konnten sich aber nicht vorstellen, daß solche Beamte auf Weisung bewußt zur Anheizung der Auseinandersetzung beitragen. Einige Beamte betonten, daß sie sich nicht als willenlose Kampfmaschinen mißbrauchen lassen würden und auch die Möglichkeit hätten, Knüppeleinsatz-Befehle zu verweigern. Auf die Frage, warum wir die Teilnahme von Autonomen an der Demonstration nicht verhindern oder sie auch sichtbar ausgrenzen, um den polizeilichen Zugriff zu erleichtern, wurde erwidert:" Wir betrachten sie nicht als unsere Feinde, auch wenn wir ihr Verhalten und ihr Weltbild nicht teilen. Wir wollen den Dialog mit ihnen, wie wir ihn mit der Polizei auch suchen."
Das Gespräch dauerte fast zwei Stunden.
Das Mißtrauen in Polizeikreisen begleitete das Gespräch ebenso wie das Mißtrauen einiger Freunde aus der Friedensbewegung. Regt Euch nicht auf! Es sind Tropfen auf heiße Steine, erfrischende Kühle für Sekunden - Hoffnungstropfen! Was es nützt, weiß niemand zu sagen.

Benno

Eindruck vom Loreley-Festival

(Rock gegen Atom) der SPD:

"Ich weiß nicht, was soll es bedeuten!"
Ist die SPD für oder gegen die Nutzung der Atomenergie?
Ist sie für oder gegen die atomare Aufrüstung in unserem Land?
Die Federn, mit denen sie sich schmückt riechen nach Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung.

"DAS NEIN ZU DEN ATOMRAKETEN WAR RICHTIG DAS JA ZUR ATOMENERGIE WAR FALSCH!"

Dieser weise Spruch stand schwarz auf weiß über der Bühne und hoffte für den ersten Teil auf die Vergeßlichkeit des Publikums. Herr Hartung, Referent beim Parteivorstand der SPD und zuständig für die Betreuung des außerparlamentarischen Umfeldes der SPD, hatte die Show zusammengestellt: Zwei glaubwürdige Vertreter der Friedensbewegung (Ärzte gegen den Atomkrieg und Naturwissenschaftler für den Frieden), dazu in dylandeutsch poppig unkonkret Willi Brandt, - das ganze durchmischt mit deutschem Rock und vorgestellt von einem fernseherprobten Dalli Dalli-Schwätzer aus Österreich. Diese Mixtur sollte glaubwürdig eine SPD-Kehrtwende rüberbringen: Nein zu Atomraketen, ein neues Nein zur Atomkraft. Wie glaubwürdig das Ganze?
Am gleichen Tag verkündete Börner: "der Ausstieg aus der Atomkraft ist von heute auf Morgen nicht so schnell möglich."
Für jeden ebbes! Allen Wohl und Niemand Weh!
Was soll es wirklich bedeuten?
Unser Vertrauen gilt den Taten, nicht den Worten! Sollten sie folgen, würden meine Vorurteile erfreulicherweise nicht bestätigt. Bis dahin gilt:

"Ich weiß nicht, was soll es bedeuten!"

Benno Kisters

ANTWORTEN VOM US - KONGRESS

Wir hatten im April einen Aufruf mit über 1000 Unterschriften an alle amerikanischen Senatoren und Mitglieder im Kongress geschickt. Bis heute sind drei Antworten dazu eingetroffen. Der ehemalige Weltraumfahrer John Glenn setzt sich immerhin für ein einfrieren der Rüstung ein. Unsere Problematik wird aber kaum zur Kenntnis genommen. Wer sich für den genauen Wortlaut interessiert kann im Friedensbüro Kopien anfordern.

PHILIP M. CRANE
MEMBER OF CONGRESS
12TH DISTRICT OF ILLINOIS

WAYS AND MEANS COMMITTEE
SUBCOMMITTEES:
TRADE
SOCIAL SECURITY

REPUBLICAN STUDY COMMITTEE
EXECUTIVE COMMITTEE

OFFICES:
SUITE 1035
LONGWORTH BUILDING
WASHINGTON, DC 20515
202/225-3711

SUITE 101
1450 SOUTH NEW WILKE ROAD
ARLINGTON HEIGHTS, IL 60005
312/394-0790

Congress of the United States
House of Representatives
Washington, DC 20515

June 1, 1986

Mr. Reinhard Sczech
Hauptstrasse 29
D-5448 Bell
West Germany

Dear "

Thank
missi

The pr
mind th
and prev
disappear
be feasib
the U.S.S.
from the Sc
could ever b
verified by
to such a bil
maintain its n

Our answer has been to remain loyal to our allies and steady in our purpose. We are proceeding to deploy, over a five-year period, the 108 single-warhead Pershing II's and 464 Ground Launched Cruise Missiles our allies requested, while we continue to press for positive Soviet action to reduce the level of tension and risk of war in Europe. We remain ready to return to the bargaining table to reach fair and verifiable agreements to remove this entire category of nuclear weapons from Europe.

President Reagan's summit meeting with Mikhail Gorbachev in November of 1985 makes me optimistic that some progress may occur in the area of arms reduction. It is in the interests of both of our nations to reach fair agreements which enhance the prospects for peace and reduce expenditures on arms. I support our efforts to achieve such agreements, and I will work hard for them in the Senate.

I welcome the opportunity to address your concerns.

Sincerely,

Al D'Amato

Alfonse D'Amato
United States Senator

Regarding the
space-based we
is that these
to defend the
developing nu
space-based w
government sh
U.S. makes li
believe that
our disposal
horror of nu

I appreciate you
hesitate to contact

Cordially,

Phil Crane

With the prospects for U.S.-Soviet relations improving and renewed action being taken on arms control, let us hope that both sides are beginning a serious negotiating process, and not merely posturing.

I appreciated hearing from you on this important issue.

Best regards.

Sincerely,

John Glenn

John Glenn
United States Senator

VIETNAM BOMBER-PILOT KOMMANDANT DES FLUGPLATZ HAHN

Wir berichteten im vorletzten Friedensinfo über die Lagerung von 150 Atombomben auf dem US-Flugplatz Hahn im Hunsrück. Inzwischen gab es Kommandowechsel. Der erfahrene Vietnam Bomberpilot Oberst John M.Davey wurde vom erfahrenen Vietnam Bomberpiloten Oberst Clifton C.Clark abgelöst. Damit wird ungebrochen eine Tradition fortgeführt: Kommandeure des 50.taktischen Luftgeschwaders haben demonstriert, daß sie jederzeit bereit sind auf Befehl Bomben zu schmeißen. Auch gegen unschuldige Zivilisten, wie vielfach in den 60er Jahren in Vietnam.
Wir drucken im folgenden ungekürzt einige Dokumente der US-Armee zum Kommandowechsel am 31.Juli 1986.

Oberst Ben Nelson, Jr.

Oberst Nelson wurde in Fort Lewis, Washington, geboren und graduierte 1960 von der Thomas Jefferson High School in San Antonio, Texas. Er besuchte die University of Texas und erhielt 1964 sein "Bachelor's Degree in Business Administration". 1976 erhielt er ein "Master's Degree in Public Administration" von der Golden Gate University. Oberst Nelson wurde auf dem Fliegerhorst Williams in Arizona als Pilot ausgebildet und besuchte außerdem das Naval War College.

Oberst Nelson hatte bereits mehrere kommandierende Stellen und Stabsposten inne. Er war Vizekommodore und Geschwaderinspektor des 50. Taktischen Jagdgeschwaders.

Oberst Nelson ist ein erfahrener Pilot mit über 4,400 Flugstunden. Er flog die F-4, F-15 und F-16 und hatte 206 Einsätze über Vietnam. Zu seinen militärischen Auszeichnungen gehören: Legion of Merit, Distinguished Flying Cross with two oak leaf clusters, Meritorious Service Medal with one oak leaf cluster, Air Medal with nine oak leaf clusters, Air Force Outstanding Unit Award und Combat Readiness Medal. Oberst Nelson erhielt auch das Vietnamese Air Force Aviation Badge.

Oberst Nelson ist verheiratet und hat einen Sohn.

50. Taktisches Jagdgeschwader

Kurz nach dem Zusammenschluss der NATO im Jahre 1951 wurde mit dem Bau des Fliegerhorstes Hahn begonnen. Die 7356. Staffel war die erste Einheit der amerikanischen Luftwaffe, die im September 1952 auf Hahn eintraf. Es war ihre Aufgabe, den Fliegerhorst auf die Ankunft des 50. Jagdbombergeschwaders vorzubereiten (am 8. Juli 1958 zum 50. Taktischen Jagdgeschwader umbenannt).

Das 50. Taktische Jagdgeschwader wurde 1940 als 50. Jagdgruppe aufgestellt und am 15. Januar 1941 in Selfridge Field, Michigan, aktiviert. Während der Kriegsjahre nahm das Geschwader an der Luftinvasion in der Normandie teil (am 6. und 7. Juni 1944) und erhielt zwei Verdienstauszeichnungen und fünf Kampfauszeichnungen für seine Teilnahme am Luftkrieg über Zentraleuropa. Das Geschwader kehrte in die Vereinigten Staaten zurück und wurde 1945 außer Betrieb genommen.

Am 1. Januar 1953 wurde das Geschwader unter der Bezeichnung 50. Jagdbombergruppe reaktiviert und den Taktischen Luftstreitkräften zugeteilt. Im August 1953 wurde das Geschwader, mit F-86 Sabrejets, offiziell vom Luftwaffenstützpunkt Clovis, Neu Mexico, zum Fliegerhorst Hahn verlegt. Die Flugstaffeln, die das Geschwader begleiteten, waren die 10., 81. und 417. Jagdbomberstaffel.

Von 1957 bis 1958 rüstete das Geschwader auf F-100 Flugzeuge um, blieb jedoch während der Libanon-Krise in Bereitschaft. Zwischen 1965 und 1966 wurde das 38. Taktische Raketengeschwader verlegt und das 50. Taktische Jagdgeschwader rüstete von der F-100 auf die F-4D um.

1980 wurde das 50. Taktische Jagdgeschwader als erstes Geschwader der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa ausgewählt, den neuen Flugzeugtyp F-16 zu erhalten und damit die F-4E zu ersetzen. Die ersten Flugzeuge landeten Ende 1981.

Im Juni 1982 wurde die 313. nach einer erfolgreichen Inspektion die erste einsatzbereite F-16 Staffel der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa. Hahn verabschiedete die F-4 Phantom Ende Juni nachdem alle Flugstaffeln mit der F-16 ausgerüstet waren.

Nach einer Übergangszeit von zwei Jahren wurde das 50. Taktische Jagdgeschwader nach einer erfolgreichen NATO-taktischen Überprüfung das erste einsatzfähige F-16 Geschwader der U.S. Luftstreitkräfte in Europa

Neue FI in Buchholz

Unter dem Leitsatz:"Wer den Frieden will - muß etwas gegen den Krieg tun", haben sich im Mai des Jahres einige Bürger aus Buchholz zusammengefunden und den örtlichen Friedensstammtisch gegründet.
Diese Friedensinitiative hat sich inzwischen zu einer Gruppe von mehr als einem Dutzend aktiver Frauen u. Männer entwickelt. Den Grund für ihr Engagement sehen diese Bürger in ihrer unmittelbaren Betroffenheit durch die militärische Eskalation im Hunsrück, die in so krassem Gegensatz steht zur regierungsamtlichen Aussage:"Frieden schaffen mit immer weniger waffen!" -
Das spürbare Informationsdefizit zu den militärischen Planungen und Vorgängen in unserer Region hat zunehmend zu einem Vertrauensschwund bei der Bevölkerung gegenüber den verantwortlichen POLITIKERN in Bund und Land geführt. Besonders hervorgetan hat sich hier der Bundesverteidigungsminister mit seiner Methode, alle militärischen Vorhaben zu leugnen - vollendete Tatsachen zu schaffen - und sich selbst dann, wenn es alle Hunsrücker Spatzen in den Dörfern pfeifen, sich noch mit NATO - Geheimniskrämerei zu umgeben!
Aus vielen Negativbeispielen solcherart ergibt sich dann zwangsläufig der Zusammenschluß von Bürgern mit demokratischem Verantwortungsbewußtsein ... die dem entgegenhalten müssen... weil sie erkannt haben: die Friedensgötzen unserer Zeit sind und bleiben immer ein Kriegsgrund!-
Weil sie begriffen haben (wie es in Artikel 3 des Friedensgesetzbuches heißt) "Bürger haften für ihre Politiker".
Der Anstoß für viele Mitbürger, zur Mitarbeit in der Friedensbewegung, gab oft ihr christliches Gewissen, das man nicht einfach umfunktionieren kann.- Oder heißt es in Gottes Nächstenliebe: "Bedroht Euere Feinde wie Euch selbst?" ... oder gar: "Schreckt ab Euere Feinde...? -
Da werden Mauern errichtet -im Friedensjahr 1986- real in Hasselbach und geistige in der Hunsrücker Bevölkerung.
Nach der Verfassung unserer Bundesrepublik sollte "alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen..." und in Ausübung dieses demokratischen Grundrechtes finden sich immer mehr

Bürger zusammen um dieser Legitimität zu entsprechen ... und weil sich immer mehr Staatsbürger auf ihre Grundrechte besinnen - diese in Anspruch nehmen, wird derzeit in Bonn zum Angriff geblasen, gegen das Demonstrationsrecht!
Die Bonner Koalition möchte dieses Bürgerrecht erheblich einschränken!- Diffamierungskampagnen in der breiten Öffentlichkeit sollen ein Klima schaffen, die beabsichtigten, gesetzlichen Einschränkungen zu legitimieren.
Das trifft uns von der Hunsrücker Friedensbewegung ganz besonders: will man uns doch vor der zentralen Herbstdemo '86 hier im Hunsrück einengen - einschüchtern mehr zu lassen, als zu tun.
Als weitere Ursache für den Zulauf in die Friedensgruppen muß man einfach erkennen, daß die innenpolitische Entwicklung seit der "Wende" dazu beiträgt, dem Bestand unserer Demokratie zu schaden.- Das Engagement aus der Bürgerschaft wird von den Herrschenden-auf-Zeit nämlich ausschließlich negativ bewertet. Wenn demokratisches Bürgertum praktiziert wird: in Versammlungen, bei Protesten oder gewaltfreien Demonstrationen - werden diese Menschen von staats wegen behindert, als Chaoten beschimpft.
Wenn hingegen der Bundeskanzler stolz verkündet ---gegen den Willen der Mehrheit des Volkes politische Entscheidungen durchgesetzt zu haben, so ist das nach Regierungsmeinung "ein demokratischer Sieg".- Gehen aber wohlmeinende Bürger mit ihren Problemen auf die Strasse, werden sie mit der Staatsgewalt konfrontiert ... ihnen unter Strafandrohung die Ausübung demokratischen Grundrechtes verweigert!
Frage: Legt demokratisches, bürgerliches Handeln hier nicht mehr Zeugnis ab von demokratischer Haltung, als das selbstherrliche Tun eines Kanzlers oder Ministers ?-
Angesichts dieses, sich anbahnenden Unverhältnisses von Politik und Staat einerseits, und dem bedrängten Wahl- u. Steuervolk andererseits, hat sich die Friedensgruppe in Buchholz in ihrem Bestand gefestigt ... und reiht sich ein in die Bürgerinitiativen der Friedensbewegung Rhein-Hunsrück-Mosel mit dem Wunsch auf gute Zusammenarbeit.
So wollen wir gemeinsam beitragen, zu mehr Sicherheit - anstatt mehr Konfrontation - in dieser Welt.

f.-j.ho.

ES WIRD IN DEN GESCHICHTSBÜCHERN STEHEN ....

Die Großdemonstration am 11.Oktober wird in sechs Wochen ein Stück Geschichte sein. Unabhängig von allen kleinlichen Tagesproblemen, Anstrengungen, Enttäuschungen und Rückschlägen glaube ich jetzt schon sagen zu können: Wir haben am Rad der Geschichte mitgedreht. Es hat sich etwas im Denken der Menschen geändert. Es fällt ungeheuer schwer solche Veränderungen festzustellen. Und doch, im Gespräch in der Kneipe, beim Bäcker, im Kirmeszelt oder mit Gemeinderäten fällt auf, es hat sich etwas getan.

Es sieht so aus, als könnten wir die Stationierung von Atomraketen in Hasselbach nicht verhindern. War dann nicht alles umsonst ? Nein, die Geschichte wird erst in den Köpfen der Menschen geändert. Spektakuläre Erfolge werden noch lange auf sich warten lassen. Aber wir dürfen in unserer hektischen Zeit auch nicht mit Monaten oder Jahren rechnen und schon gar nicht verzweifeln wenn keine direkten Erfolge sichtbar werden.

Am 20.Juni, vor 357 Jahren, wurde auf dem Beller Marktplatz, dort wo unsere Demonstration stattfinden soll, die Else Lauxen-Hammen aus Roth enthauptet und als Hexe verbrannt. Der Pfarrer Ort aus Kastellaun, der Amtmann, die Mitbewohner aus Roth - was ist in Ihren Köpfen damals vorgegangen ?
Werden Menschen - so es sie noch gibt - in 357 Jahren unseren Rüstungswahnsinn nicht mit gleichem Unverständnis zur Kenntnis nehmen ? Wer wird dann noch wissen wer Ronald Reagan oder gar Helmut Kohl war ? Die Debatten um Nachrüstungen und Nach-Nachrüstungen ?

Wer konnte sich 1914 vorstellen, daß auf einem Feld vor Verdun in wenigen Monaten 500 000 Männer elendiglich verrecken würden - für nichts - im Kampf gegen den "Erbfeind" Frankreich ?
Wer kontte sich im Sommer 1939 vorstellen, wie Deutschland im Sommer 1945 aussehen würde ? Der Mangel an Vorstellungskraft verhindert keine Katastrophen.
Kann meine Generation, die des "Wirtschaftswunders", überhaupt noch begreifen wie unsere Väter in Polen Frankreich und Rußland einmarschiert sind ?

Am 11. Oktober 1986 können wir ein Stück Geschichte schreiben - damit im Sommer 2086 die Hunsrücker Schulkinder sich über diese verrückte Welt wundern können. Auf den folgenden Seiten, für alle die sie noch nicht kennen, die Geschichte der Else Lauxen-Hammen aus Roth. (Rhein-Hunsrück-Kalender 1986)

Reinhard Szesch / Bell

Warum die Frau des Lauxen Hammen aus Roth als Hexe angeklagt und hingerichtet wurde

Wie war der Hexenwahn möglich? – Blick in eine trübe Zeit

Von Bernhard König

Einer der interessantesten und kulturhistorisch lehrreichsten Hexenprozesse ist der gegen die Ehefrau des Lauxen Hammen von Roth bei Kastellaun, die sog. Else von Roth. Die „Wetter-und Buttermacherin" wurde am 7. Dezember 1628 in Kastellaun angeklagt und am 20. Juni 1629 auf dem Kastellauner Marktplatz zum Tode verurteilt und am gleichen Tag auf dem Marktplatz von Bell, wo für das Amt Kastellaun die gemeinsame Richtstätte war, enthauptet und verbrannt.

Für das Amt Kastellaun war ein sogenannter „Amptausschuß" gebildet worden. Die Aufgabe des Hexenausschusses bestand darin, die der Zauberei verdächtigen Personen aufzuspüren und anzuzeigen. Die Mitglieder des Ausschusses erhielten für das Aufspüren und die Bewachung der inhaftierten Personen aus deren Vermögen eine reichlich bemessene Vergütung. Der Eifer, den die „Beampten" bei der Aufspürung der „Hexen" an den Tag legten, war darum über Gebühr groß. Nach den Bestimmungen der „Peinlichen Halsgerichtsordnung", die von Kaiser Karl V. erlassen worden war, mußten die Angeschuldigten dann freigelassen werden, wenn sie die drei Grade der in ihrer Grausamkeit sich steigernden Folterungen überstanden, ohne die ihnen vorgeworfenen „Zauberei Laster" zu bekennen. Dies kam infolge der seelischen Leiden und körperlichen Qualen, die durch langwierige Kerkerhaft und brutale Torturen hervorgerufen wurden, nur selten vor.

Die Anklageschrift gegen Else von Roth umfaßt im wesentlichen folgende Punkte:

1. In Hundheim, ihrem Geburtsort, hat sie einem Bauer das Vieh krank gemacht.

2. Nach ihrer Verheiratung ist sie in Roth in das Anthesen Mathisen Haus gekommen und hat ihren Kopf durch das Loch gesteckt, durch das man aus der Stube in den Stall sehen kann. Daraufhin ist einer säugenden Kuh die Milch versiegt.

3. Die Else hat das Jahr hindurch weit mehr Butter und Eier verkauft, als Kühe und Hühner hergaben

4. Zur Zeit der Kornblüte hat sie die Äcker verzaubert.

5. Sie hat das Töchterlein des Henne Jakob, des Schäfers von Roth, als es mit Wassereimern an ihr vorüberging, derart gescholten, daß dem Mädchen das linke Bein lahm wurde. Das Bein sei dann aber doch geheilt worden, weil der Vater des Kindes – dem Bösen und seinem Werk zum Trotz – das Bein mit Kot bestrichen habe.

6. Vor Jahren bereits hat die Hexen-Else das halbjährige Brüderchen des Pauls Adam, das damals noch in der Wiege lag, so verzaubert, daß das Kind nicht lange danach ein wehes Bein bekommen habe. Der Schaden wurde durch einen Arzt aus Ravengiersburg, der zauberische Krankheiten zu heilen verstand, wieder behoben.

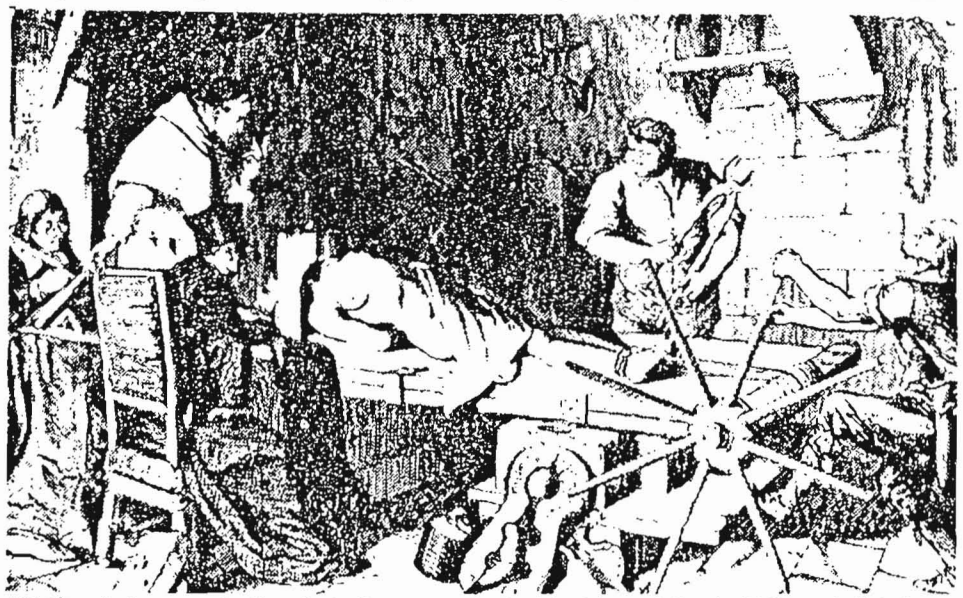
7. Der Pfarrer Orth von Kastellaun sagte als Zeuge aus: Sonderlich in der Zeit des Kriegswesens (man befand sich mitten im 30jährigen Krieg) sei die Else in den Verdacht der Zauberei und ihrer Verbindung mit dem Teufel gekommen, weil sie nach Ansicht der Leute mehr Butter und Eier verkaufte, als Kühe und Hühner herzugeben imstande waren.

Nach der Anklage wurde Else von Roth festgenommen und im Turm von Kastellaun eingesperrt. Es folgte dann das sogenannte gütliche Verhör. In diesem erklärte Else wahrheitsgemäß, sie wisse sich in keinem der Anklagepunkte schuldig; denn sie sei „ihr Leben lang ein fromb und ehrlich mensche" gewesen. Pfarrer Orth von Kastellaun und ihr Seelsorger, Pfarrer Wintz von Roth, ermahnten sie, doch die Wahrheit zu sagen und zu bekennen. Else beharrte den beiden Geistlichen gegenüber auf ihrem geäußerten Standpunkt, da sie sich keiner Schuld bewußt sei, daß sie nichts Böses getan oder auch nur gedacht habe, sie fiele ja von Gott ab, wenn sie lügenhaft etwas von sich aussage, dessen sie nicht schuldig sei. Über diese Vernehmung gaben die beiden Geistlichen folgenden Bericht: Sie hätten die Else im Gefängnis auf dem Tor besucht und zum

Bekenntnis ihrer Missetat aufgefordert. Dabei hätten sie ihr nicht nur die eidlich bekräftigten Aussagen der Zeugen ins Herz geschrieben, sondern ihr auch mitgeteilt, es sei im ganzen Amt Kastellaun kein Mensch, der das gegen sie verbreitete Gerücht bezweifele. Auch sähe man an ihren Augen und Gebärden, daß sie der Bezichtigung schuldig sei. In Summa, so schließt der Bericht der zwei Geistlichen, sieht man an ihrem Gesicht, ihren Worten und Gebärden, daß sie ihr Bekenntnis bereits auf den Lippen hat, nur der leidige Volant (Teufel) hält ihr das Bekenntnis zurück; denn er, der Teufel, weiß, daß er nach einem Bekenntnis verachtet wäre und ihr die Tür zur Bekehrung aufgegangen ist.

Drei Tage nach dem ersten Verhör schritt man zum zweiten, wobei ihr mit der Folter gedroht wurde. Ehe man sie aus dem Gefängnis zum Amtshaus führte, mußte ihr nochmals ihr Seelsorger zusprechen, nicht länger zu leugnen, konnte aber nichts bei ihr erreichen. Als sie nun auch im Angesicht der Folter und trotz der wiederholten Ermahnungen erklärte, sie könnte keine derartigen Bekenntnisse machen, hat man sie auf die Folter gelegt und diese brulate Tortur nach einer viertelstündigen Pause wiederholt. Bei der ersten schrie sie laut auf und rief „Gott, wo bist du? Hilf mir aus dieser Pein!" Während der Folterung befragte man sie nach allen gegen sie vorgebrachten Anklagepunkten; Else beteuerte jedoch nachdrücklich, daß sie keine Zauberei mit dem Teufel getrieben habe. Von da ab, so heißt es in dem Gerichtsprotokoll, habe sie nichts mehr gesagt, sondern bei der Fortsetzung der Marter nur noch mit dem Kopf „hin und her gewehet". Spätestens hier, so wird nachträglich kommentiert, hätte den mitanwesenden beiden Pfarrern durch die Angst- und Hilfeschreie des geschundenen Menschenkindes das Wort des Herrn durch den Mund des Propheten in Erinnerung kommen müssen: „Laß los, die du zu Unrecht gebunden hast, gib frei, die du bedrängst!"

Darum sei an dieser Stelle uns, Christen des 20. Jahrhunderts, erlaubt, ernsthaft die Frage zu stellen, ob nicht der Teufel als reale Person, der bei den Hexenprozessen immer in Köpfen der Ankläger, Peiniger, Schöffen und Richter eine große Rolle spielte, doch nur als eine personalstrukturierte Bildfigur zu bezeichnen ist, um die Wirklichkeit des Bösen in der Welt den Menschen drastisch vor Augen zu stellen. Und weiter ist angesichts der entscheidenden negativen Rolle der beiden Pfarrer die Frage zu stellen, ob nicht bei den Hexenprozessen weniger die Opfer der qualvollen Verfahren als vielmehr die angeblichen Sachverwalter Gottes und der Kirchen in teuflischer Bosheit handelten, weil sie in Dummheit und Verblendung gegen die Nächstenliebe, das Grundgesetz des Evangeliums, verstoßen und sich an ihren unschuldigen Mitmenschen versündigt haben, wodurch sie „die Frohbotschaft vom Gottesreich in eine Drohbotschaft vom Teufel verkehrten", wie Dr. Herbert Haag, Theologieprofessor in Tübingen, in seinem Buch „Abschied vom Teufel" bemerkt, und er sucht darin nachzuweisen: „Teufelsglaube ist mangelnder Gottesglaube."



Wehe jener bedauernswerten Frau, die des Umgangs mit dem Teufel und darum als Hexe bezichtigt wurde. Unter bruta-

Der Prozeß gegen Else von Roth geht am darauffolgenden Tag weiter. Sie wurde abermals von Pfarrer Orth im Gefängnis besucht, zum Geständnis ermahnt, dann wieder auf die Folter gespannt. Durch diese Folterungen erschüttert und verwirrt, sagt sie aus, daß sie in des Anthesen Haus in Roth von der Stube aus durch das Loch in den Stall geschaut, dem Vieh aber keinen Schaden zugefügt habe.

Den Herren des Gerichts war aufgefallen, daß aus den Augen der Gefolterten während der gesamten Tortur keine Tränen geflossen waren. Hierüber befragt, sagte sie aus, ihre Schmerzen seien zu groß gewesen, im Turme dagegen habe sie viel geweint und viel gebetet. Als ein Weib, heißt es im Protokoll, hat sie unter der Folter ihre Reden und Antworten gar mutig und herzhaft getan.

Aufgebracht darüber und ungeduldig wandte der Amtmann von Kastellaun nun den dritten Grad der Folterung an und erpreßte darin von der Gemarterten das erwartete Geständnis, daß sie eine Zauberin sei. Bei dieser verstärkten Tortur, so heißt es weiter in dem Gerichtsprotokoll, habe Else so gezittert, daß „ihre Füße auf dem Boden klapperten". Dabei rief sie wiederholt, sie sei ein unschuldig und frommes Christenkind, aber man möge sie mit dem Schwert enthaupten, damit sie weiter keine solche Marter mehr auszustehen brauche. Als man darauf die Folter noch verstärkte, schwieg sie eine Weile, dann schrie sie laut „Ich weiß nichts, ich weiß nichts!" Nachdem Else wiederum von Pfarrer Orth ermahnt worden war, doch die ganze Wahrheit zu sagen, sie aber weiter nichts bekannte, legte man ihr Beinschrauben an. Hierauf habe sie mit den Augen „gar freislich, ja grimmig ausgesehen und gar seltsam mit dem Maule geklappert, doch kein natürlich Weinen getan, wie auch alle Marter und Pein ihr nicht habe ans Herz gehen wollen." Als man ihr nun, besonders durch Pfarrer Orth, durch Fragen und Ermahnungen zusetzte, wer sie zur Hexerei verführt habe, ein böser Mensch oder der

In dem nun fortgesetzten Verhör im Wechsel mit der Folter wurden von Else weitere Geständnisse erpreßt, und sie bekannte sich mit einigen Einschränkungen in fast allen Anklagepunkten schuldig. Am Schluß befragt, ob nicht auch ihr Mann Lauxen Hammen dem Hexenwesen ergeben sei, beteuerte sie mit Nachdruck, daß er ein frommer und ehrlicher Mann sei, sie wolle sterben.

Durch die Folter und die lange Kerkerhaft an Seele und Körper geschwächt, bat sie immer dringlicher darum, daß man ihrem Leben ein Ende mache.

Der Tag der „Fürstellung" war der 20. Juni 1620 auf dem Marktplatz in Kastellaun. Vor Schultheiß und Schöffen wurde Else in einen Kreis gestellt. Dann trat der Amtmann Dietrich Burkhard Senft von Sulburg vor und verlas die Anklage. Else bekannte sich in allen Punkten schuldig. Nun wurde das Urteil verlesen, in welchem Richter und Schöffen „auf beschehene Anklag und der Angeklagten Urgicht und Bekenntnis zu Recht erkannten, daß vermeldete Elisabeth, von wegen ihrer unverantwortlichen Zauberhandlungen nach Ausweis der kayserlichen peinlichen Halsgerichtsordnung zu wohlverdienter Straf und anderen zum abscheulichen Exempel mit dem Feuer vom Leben zum Tode nach vorangegangener Strangulierung hinzurichten sei."

Nach Verkündigung des Urteils, wobei der Schultheiß den Stab brach, bat Else fußfällig darum, daß man sie nicht mit dem Strange, sondern mit dem Schwert richten möge. Im Namen der „Gnädigen Gemeinschaft" gewährte ihr der Amtmann diese Bitte.

Hierauf begann der Zug nach dem Marktplatz des Dorfes Bell, wo für das Amt Kastellaun die gemeinsame Richtstätte war. Hier wurde Else von Roth, die Ehefrau des Lauxen Hammen, durch den Scharfrichter Meister Nagel enthauptet und dann ihr Körper verbrannt.

Dieser Hexenprozeß in unserer engeren Heimat ist einer von den vielen tausend, die in jenen unheilvollen Zeiten des ausgehenden Mittelalters stattgefunden haben. Etwa eine Million Hexen und Ketzer, Frauen und Männer, davon Fünfhunderttausend im deutschen Sprachraum, so wird geschätzt, kamen auf den Scheiterhaufen.

'Krieg im Frieden'

Western Shoshone in einem Zwei-Fronten-Kampf: Gegen Landraub und Atombombentests

Das Angebot Gorbatschows, die eigenen Atombombentests zu beenden, wenn auch die USA dazu bereit sind, verlieh den Tests der USA im März und April dieses Jahres besondere Brisanz und mehr öffentliche Aufmerksamkeit als hunderten der vorangegangenen Tests im Wüstenstaat Nevada (nach offiziellen Angaben 691, doch da nicht alle Tests angemeldet werden, schätzt man ca. 800).

Nun, da die Tests gelaufen sind und die Berichterstattung der Medien abgeschlossen ist, läßt sich ein Resumée ziehen für diejenigen, die von den nuklearen Machtdemonstrationen am unmittelbarsten betroffen sind: der indianischen Bevölkerung, deren Gebiet wie so oft, für den „Problemexport" herhalten muß. Und wie in vielen Fällen zuvor, ist es den Indianern nicht möglich gewesen, mit ihrer Stimme, ihrem Anliegen durchzudringen — und sei es auch „nur" zu den engagierten Gruppen und Bewegungen, von denen ein offenes Ohr für betroffene Minderheiten zu erwarten wäre.

Der dünn besiedelte Wüstenstaat Nevada, der sich als militärischer Lieblingsspielplatz der USA charakterisieren läßt, gehört überwiegend zum Territorium der Western Shoshone — einschließlich mehrerer Bombenübungsplätze, Testgebieten für Überschallflüge und der NEVADA TEST SITE. Auch die MX-Raketen, als größtes Waffensystem der Welt geplant, ~~sollen~~ hier stationiert werden. SOLLTEN

Die Western Shoshone gehörten zu den ersten, die eine Umweltstudie über die Auswirkungen der geplanten Stationierung erarbeiteten. 1980 kamen sie zum Russel-Tribunal nach Rotterdam, um ihre Bedenken und ihren Protest vorzutragen. Ihre Landrechte an dem Stationierungsgebiet waren ein starkes legales Bollwerk gegen die Stationierungspläne — doch die Anti-MX-Gruppen in den USA haben sich nur zögernd, diejenigen in Europa gar nicht mit den Indianern solidarisiert. Der Gedanke, daß die Menschenrechte der Ureinwohner ein Argument sein könnten, ist in den „Bewegungen" nicht sonderlich verbreitet.

Im vorigen Sommer hatten die Shoshone mit passiven Widerstandsaktionen gegen die Bombenübungsplätze demonstriert, nachdem zum wiederholten Mal Bomben versehentlich fehlgelandet waren. Beachtet wurden sie nur von den Militärs, die ihnen — mitten in der Wüste — das Trinkwasser vor die Füße schütteten. Zu Beginn dieses Jahres hatten sie das 35-jährige Bestehen der NEVADA TEST SITE zum Anlaß genommen, gegen nukleare Tests auf ihrem Land und weltweit zu protestieren — auch dieser Protest blieb ohne Resonanz, sei es in der Friedensbewegung oder sonstigen Anti-Militarismus/Rüstungsgruppen, geschweige den etablierten Medien. Um gegen die Durchführung der Tests im April zu demonstrieren, hatte auch Greenpeace eine Abordnung zur NEVADA TEST SITE auf dem Land der Western Shoshone gesandt. Ob sie, wie bei früheren spektakulären Aktionen, einen jener indianischen Sprüche gehißt hatten, deren die Organisation sich zur eigenen Imagepflege so gern bedient, ist nicht bekannt — aber aus (ihren sämtlichen) Verlautbarungen und Berichten geht hervor, daß sie das Anliegen der Western Shoshone, auf deren Land sie sich befanden, mit keinem Wort erwähnt haben.

Es geht um Menschen, die im Einflußbereich des radioaktiven Niederschlags leben, in deren Gemeinden das Grundwasser verseucht ist, die krebsartigen Krankheiten ansteigen und keine Aussicht auf eine angemessene medizinische Versorgung besteht. Die so Betroffenen selbst bei einer Aktion vor Ort nicht einzubeziehen, legt den Gedanken nah, daß man es beim Natur- und Tierschutz mit der (Abgrenzung und) Spezialisierung auch übertreiben kann.

Die Western Shoshone sind nicht nur diejenigen, die unglücklicherweise auf diesem Land leben — sie sind seine eigentlichen und rechtmäßigen Eigentümer. Das jedoch wollen die USA nicht wahr haben. Ihre militärischen Interessen dürften in dem Jahrzehnte dauernden Rechtsstreit um das Land der Shoshone eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben.

Im Jahr 1863 wurde das wirtschaftlich uninteressante Halbwüstenland im Vertrag von Ruby Valley als Western Shoshone Territorium von den USA anerkannt. Dieser Vertrag wurde offiziell nie gelöst. Stattdessen wurden sie in ein Entschädigungsverfahren gezogen, mit dem die USA sie für das Land, das ihnen noch gehört, entschädigen wollen, um mit eben dieser Entschädigung die Landrechte zu annulieren. Dieses trickreiche Verfahren, das den administrativen Landraub von heute legalisiert, wurde 1946 gesetzlich verankert mit dem Ziel, Kongreß und Regierung von ihrer Verantwortung gegenüber den Verträgen mit indianischen Nationen zu befreien und an die Gerichte abzuschieben. Die Gerichte wiederum weigern sich, Klagen auf Vertragsbruch von Seiten der Indianer anzuhören (weil dies eine politische Frage sei).

Im Landrechtsstreit um das Shoshone-Territorium haben sich jedoch die US-Regierung bzw. ihre Ministerien mehrfach eingemischt und auch direkten Einfluß auf die rechtliche Situation genommen.

Da das Entschädigungsverfahren die vollständige Löschung der Landrechte vorsah, hatte sich das Innenministerium zu Beginn des Jahres 1979 bereit erklärt, mit den Western Shoshone über ein Reservatsgebiet zu verhandeln. Nachdem Präsident Carter im Juni 1979 die Stationierungspläne für die MX bekannt gegeben hatte, wurden die Verhandlungen ohne Erklärung abgebrochen.

Der Kampf der Western Shoshone um ihre Landrechte spitzte sich zu, als sie erkannten, daß sie von ihren Washingtoner Cla Anwälten betrogen worden waren. Als „Mündel" der Treuhandmacht USA hatten sie keinen Zugang zu den Verfahren und keine Kontrolle über die Strategie, die diese Anwälte verfolgten. Während sie den Western Shoshone vortäuschten, es ginge um die Wahrung ihrer Vertragsrechte, leiteten sie ein Verfahren auf Entschädigung ein, das ihnen einen 10-Prozent-Anteil am Streitwert sicherte. (Das sind bei der für die Shoshone vorgesehenen Abfindung von 26 Mio fast 3 Mio Dollar). Die Shoshone lehnen das Geld ab. Sie kündigten ihren Anwälten und kämpften mit allen Mitteln um eine Revision des Urteils (mit dem sie entschädigt werden sollten in einem Verfahren, bei dem ihnen Jahrzehnte hindurch jede Einflußnahme verwehrt worden war).

Schließlich, im Mai 1984 entschied das Berufungsgericht in San Franzisko, daß der Vertrag durch die Entschädigung nicht gelöst und ihre Landrechte daher nicht erloschen seien. Dem langwährenden Kampf um das Land ihrer Väter schien endlich Gerechtigkeit widerfahren.

Ausgehend von der Erfahrung, daß die USA Indianern nie das ganze Land überlassen, das ihnen vertraglich gehört, bereiteten die Shoshone sich auf neue Verhandlungen vor, um ein dauerhaftes Wohngebiet innerhalb ihres Territoriums zu erhalten. In einem Gebiet, das arm an Wasser und fruchtbarem Boden, zudem von staatlichen wie privaten Nutzungs- und Besitzansprüchen zerteilt ist, war das kein einfaches Unterfangen. Umfangreiche Studien, für die sie keinerlei Unterstützung erhielten, waren notwendig, um nach einem Stück Reservatsland zu suchen/forschen auf dem sie überleben könnten.

Jedoch, das Urteil von San Franzisko war für Indianer „zu gerecht, um wahr zu sein". Das Justizministerium brachte den Fall vor den Obersten Gerichtshof, dessen Urteil

vorhersehbar war. Er lautete, daß die Landrechte mit der Verfügung einer Entschädigung gelöscht seien, auch wenn sie von den Western Shoshone zurückgewiesen werden. (Das Geld läge bei der US-Staatskasse für sie bereit — ob sie es haben wollen oder nicht). Tom Luebben, ein junger Anwalt, der die Shoshone im Kampf gegen das Entschädigungsverfahren unterstützt, drückt das so aus: „Die USA haben ihre Macht als Treuhänder mißbraucht, um sich das Land der Western Shoshone zum Bruchteil seines Wertes selbst zu kaufen." Tatsächlich ist der Treuhänder USA verpflichtet, im „besten Interesse" seiner Mündel zu handeln. In dieser Pflichtverletzung liegt ein letzter legaler Hoffnungsschimmer, den die Shoshone mit Rücksicht auf ihre kommenden Generationen nicht durch die Annahme des Geldes selbst zerstören wollen. Sie haben den Kampf um ihr Land noch nicht aufgegeben und hoffen auf eine Änderung des Bewußtseins für die Rechte der Ureinwohner. Deshalb haben sie ihren Fall der UN-Menschenrechtskommission in Genf vorgetragen und nehmen Teil an den Bemühungen der dortigen Arbeitsgruppe für eingeborene Bevölkerungen. Vor allem aber sind sie angewiesen auf die aktive Teilnahme und eine fühlbare Resonanz von außen, die sie ermutigt und befähigt, diesen zermürbenden Zweifronten-Kampf durchzustehen — gegen die Entwurzelung ihres Volkes durch staatlich legalisierten Landraub und gegen die Zerstörung ihres Landes durch militärische, nukleare Übungen zur „Sicherung des Friedens".

Renate Domnick
Gesellschaft für bedrohte Völker

Für weitere Informationen über die Western Shoshone-Kampagne steht Renate Domnick gern zur Verfügung.

Kontaktadresse: Hansaplatz 5, 2000 Hamburg 1

---

letzte Meldungen!

- Natomauer bemalt!
- An der C-Battery die ersten Gänse als Wachpersonal gesichtet!
- Wachpersonal (deutsch) von Grenderich jetzt arbeitslos!

GRASWURZELWERKSTATT
Königsallee 28 a
3400 Göttingen
Tel.: 0551 - 6 27 93
hier: FÖGA-Sommercamp, 5449 Hundheim

Mitglied der War Resisters' International, London

FÖGA - FRIEDENSCAMP BEI HUNDHEIM

Vom 24.8. bis 6.9.86 führte die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) in Sichtweite des Stationierungsgeländes ein antimilitaristisches Camp durch.

Die FÖGA:
Die Föderation ist ein bundesweiter Zusammenschluß gewaltfreier anarchistischer Gruppen und Einzelpersonen.
Sie streben eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwandlung im Kampf gegen alle Formen der Gewalt an. Für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft werden durch Machtentfaltung von der Basis her Herrschaft und Gewalt abgeschafft.
Sie sind davon überzeugt, daß dieses Ziel nur dann erreicht werden kann, wenn die Wege zu seiner Erreichung mit ihm übereinstimmen. Deshalb versuchen sie es mit den Mitteln der Direkten Gewaltfreien Aktion und des Zivilen Ungehorsams zu erreichen.

Bei diesen Aktionsformen stellen sich natürlich die Fragen nach der Legalität der Aktionen und ihren Grenzen:
Die "Graswurzelrevolutionäre" ziehen die Grenzen, wie weit sie gehen wollen, weniger ~~xxxx xxxx~~ anhand des Bürgerlichen Gesetzbuches, also nicht an der Frage legal/illegal sondern an der Grenze legitim/illegitim. Jede Aktion wird orientiert sowohl an der angestrebten herrschafts- und gewaltfreien Gesellschaft, als auch an der Bedrohung durch Rüstung, Atomkraft, Neue Technologien, Gewalt gegen Frauen, ökologische Katastrophe, "Dritte-Welt"-Problematik, usw.
Die in der FÖGA organisierten Gruppen und Einzelpersonen haben und vertreten die Überzeugung, daß menschengefährdende oder -verletzende Gewalt bei Aktionen auszuschließen ~~sind~~ ist.
In der Frage von sogenannter "Gewalt gegen Sachen" und Sabotage gibt es eine interne Diskussion mit den Positionen:

Bürozeiten : Montag bis Freitag 10 bis 13 und 15 bis 19 Uhr
Bankverbindung : Postgirokonto Nr. 38 98 87 - 606, PGA Ffm., Stephan Uebelacker

-"Gewaltfreiheit bedeutet auch Respekt vor dem Eigentum anderer, gleichgültig, wozu es dient"

und

-"Gegenstände können keine Gewalt empfinden, somit ist dieser Begriff absurd, Allerdings werden sie zur Gewaltausübung benutzt", daher bleibt es gewaltfrei, sie zu zerstören."

Das Camp in Hundheim

Die Idee zum Camp hier im Hunsrück entsprang der Überlegung, daß es unsinnig ist, im Rahmen des Friedensherbstes '86 aus allen Teilen der Republik hierher zu reisen und eine Aktion Zivilen Ungehorsams durchzuführen, ohne die Verhältnisse zu kennen, ohne zu wissen, was die (friedenbewegten) Menschen hier dazu sagen, um danach wieder nach Hause zu fahren. Ausdrücklich wurde das Camp daher als Vorbereitungs-, Lern- und Kontaktmöglichkeit konzipiert und durchgeführt, was allerdings kleinere Aktionen wie das Bemalen der neuen Mauer an der B-Battery nicht ausschloß.

Die eher fragende und interessierte Haltung der etwa 6o Teilnehmerinnen und Teilnehmer au der ganzen BRD ermöglichte dann auch eine konstruktive Kontaktaufnahme zur hunsrücker Friedensbewegung, zu Einzelnen und zu Stammtischen. Bei Veranstaltungen, Diaabenden, Gesprächskreisen und Vorträgen wurden ihnen die schwierigen Bedingungen der hiesigen Friedensarbeit deutlich, wobei auch ein gegenseitiger Respekt der unterschiedlichen Ansätze und Herangehensweisen ausgesprochen wurde:
Auf der einen Seite wurde die Entschiedenheit, mit der nicht nur Protest, sondern Widerstand ausgedrückt und geleistet werden, mit Beachtung aufgenommen und andererseits wurden die Bedenken und Ängste der hunsrücker Friedensbewegten im Allgemeinen und auch speziell in Bezug auf den Herbst sehr ernst genommen und respektiert.
Wichtigstes Ergebnis des Camps neben dem gegenseitigen Kennen-, Verstehen- und Akzeptierenlernen sind vielleicht die Angebote einzelner FÖGA-Gruppen, den Kontakt fortzuführen, die Hunsrücker weiterhin zu unterstützen und den antimilitaristischen Widerstand zu stärken.

Martin Block, Köln

Kontakt: Graswurzelwerkstatt, Königsallee 28a, 34oo Göttingen
Tel: o551 - 62 793

Werner Klockner
Theodor-Heuss-Str. 2
6544 Kirchberg
Telefon 0 67 63 - 18 74

SPD-Kreisvorstandsmitglied

An die
Friedensinitiative
Rhein-Hsr.-Mosel
Boppderstr. 25
5448 Kastellaun

Betr.: Leserbrief zu "Vom Protest zum Widerstand" von Axel Weirich

Friedenspolitik braucht eine breite Basis

Axel Weirich macht es sich sehr leicht mit der Friedens- und Sicherheitspolitik des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau und der SPD selbst, indem er sie auf die Weigerung Raus reduziert, einen Antrag der AG Friedenspolitik ohne Wenn und Aber zu übernehmen. Dabei übersieht Weirich natürlich gerne, daß dieser Antrag in dieser Form gar nicht durchführbar ist, denn nicht Rau kann den Stationierungsbeschluß aufheben, sondern die SPD kann höchstens einen entsprechenden Antrag einbringen, über den der Bundestag dann abzustimmen hat. Und danach sind ohne Zweifel Verhandlungen mit den NATO-Staaten notwendig, da unsere Bundesregierung die Waffen nicht wegschaffen kann.
Axel Weirich will doch mit dem Wort "kategorisch" abgelehnt suggerieren, daß Rau an einer Entfernung der Raketen gar nicht interessiert ist. Hier sollte die Friedensbewegung aufpassen, daß nicht doch einseitige Parteiinteressen den Blick für objektive Beurteilungen verstellen. Die schmale grüne Basis ist nicht in der Lage, eine Volksbewegung wie die Friedensbewegung zu tragen. Die SPD hat in Übereinstimmung mit Johannes Rau in ihrem Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik sehr klare Aussagen gemacht, und ich verbitte es mir im Namen aller SPD-Mitglieder, daß man uns auf eine Stufe stellt mit dem "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" der CDU, und daß man die "Grünen" als die einzigen Friedensfreunde darstellt.
Es stünde Axel Weirich gut an, sich einmal mit dem Leitantrag der SPD auseinanderzusetzen und auch den ang. Mitgl. d. Friedensbew. Es heißt dort z. Bsp.:

"Im Einklang mit dem Beschluß des Essener Parteitags fordert die SPD

- von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles
- von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug in der DDR und der CSSR aufgestellten Raketen sowie eine drastische Verminderung der SS 20 auf den Stand von 1979.

Zur Verwirklichung dieser Ziele wird zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine sozialdemokratische Bundesregierung Verhandlungen aufnehmen, und wird die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die Aufhebung des Beschlusses vom 22.11.85 beantragen, um der unter der konservativen Bundesregierung beschlossenen Stationierung dieser Waffen die parlamentarische Legitimation zu entziehen und der Bundesregierung die volle Handlungsfreiheit zurückzugeben."

.... " Ziel der SPD ist die schrittweise Schaffung eines von Atomwaffen freien Europas." ... "Wir fordern den Abzug der vorhandenen chemischen Waffen und für die Übergangszeit bis zur Ächtung und Vernichtung eine chemiewaffenfreie Zone in Europa."

Und im Abschnitt VIII "Bewegung, die dem Frieden dient," heißt es: "Die Sozialdemokraten nehmen das Drängen der Friedensbewegung ... auf. Sie sehen die Friedenssehnsucht ... als Ermutigung für die Politik der Sicherheitspartnerschaft an. Ebenso wie die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition wird auch eine neue Phase der Entspannungspolitik auf erhebliche Widerstände der Konservativen stoßen.

Zur Durchsetzung ihrer Friedenspolitik bedarf die SPD daher der breiten Unterstützung der Bevölkerung und aus der Friedensbewegung, aus Gewerkschaften und Kirchen. Dabei müssen es Partei und Friedensbewegung als selbstverständlich hinnehmen, daß nicht alle ihre Forderungen und Handlungsweisen übereinstimmen. ... Soldaten und Kriegsdienstverweigerer, Politiker und Angehörige der Friedensbewegung verwirklichen gemeinsam ein Stück Frieden, solange sie für die Fragen und Nöte des anderen offen sind und ihr Denken und Handeln am Ziel der Erhaltung und Gestaltung des Friedens orientieren. Es ist die Aufgabe der SPD als politische Partei, Friedenswillen in Friedenspolitik umzusetzen."

Mit der Bitte um Veröffentlichung und mit freundlichen Grüßen

Kirchberg, den 11.8.86

termine + + + termine + + + termine + + + termine

Sa. 6.9./ 18 Uhr: Delegiertentreffen im Friedensbüro
20 Uhr: Einweihungsfete im Friedensbüro in Kastellaun, Bopparder Str. 25

Di. 16.9./ 16 Uhr: Gespräch mit Horst Ehmke in der Stadthalle in Kirchberg (Stategie der SPD im Falle einer Regierungsübernahme 1987)

Fr. 19.9./ 19.30 Uhr: Delegiertentreffen, Ort ist noch festzulegen

Mi. 24.9./ 20 Uhr: Der Friedensstammtisch Emmelshausen lädt ein zu einem Gespräch mit Major Prieß vom DARMSTÄDTER SIGNAL, Hotel "Waldfrieden" In Emmelshausen

Sa. 27.9./ 8.30 Uhr-18 Uhr: Infostand auf dem Kastellauner Stadtfest

Sa. 4.10. : REDAKTIONSSCHLUSS FÜR INFO NR. 20 mit denletzten aktuellen Berichten zur DEMO am 11.10.

UNTERSTÜTZT DIE HUNSRÜCKER FRIEDENSARBEIT !

ABONNIERT DIE FRIEDENSINFORMATIONEN!

☐ Anbei 10,- DM für 10 FRIEDENS-INFOS

☐ Ich unterstütze das Friedensbüro regelmäßig und bekomme dann alle Ausgaben der FRIEDENS-INFORMATIONEN.

Absender:

Vor- und Zuname

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Telefon

einsenden an:
Büro für Friedensarbeit
Bopparder Str. 25
5448 Kastellaun

Spendenkonten:
Verein f. friedenspol. u. dem. Bildung, Voba Kirchberg
BLZ 56061472, Kto 1013591

Pschkto Fim - Sonderkonto-
Hildegard Engelmann,
Konto Nr: 44 1090 - 603